

Militärregime demokratische Wahlen annulliert, die mit überwältigender Mehrheit für die Opposition ausgingen. Gegen Haiti wurde ein totales Handelsembargo verhängt, die Geschäfte mit Burma blühen. Wir fordern eine glasklare Politik der Isolierung des burmesischen Militärregimes, bis das Regime abtritt. Die EU muß nicht nur selbst ihren Druck auf Rangun erheblich verstärken, sondern auch die Kontroverse mit ASEAN – in diesem Falle insbesondere Thailand – in dieser Frage suchen, aber auch mit den anderen Unterstützern dieses Regimes wie etwa China und Japan. Auch im Falle Osttimors, der krassesten Form von Menschenrechtsverletzung durch Indonesien, muß immer wieder gefordert werden, daß verbesserte Beziehungen der EU zu Indonesien vom Abzug Indonesiens aus Osttimor abhängen. Rüstungsexporte nach Indonesien, wie sie insbesondere Kohl favorisiert, sind nichts weiter als eine Beihilfe zum Völkermord.

Aber auch Fortschritte in Sachen Menschenrechte und Demokratisierung werden von der EU nicht positiv genug beantwortet. Die Antwort auf den Sturz des Marcos-Regimes waren nicht Schuldentreibungen, sondern Struktur-anpassungsprogramme auf Kosten der Armen zur Eintreibung ihrer Schulden. Die Hilfen für Kambodscha nach der Verwüstung des Landes in den 70er und 80er Jahren sind erbärmlich. Mit ein paar Blauhelmen scheint es bereits getan zu sein. Auch in Bezug auf Vietnam geschieht sehr wenig, um dem Abbau der Kommandowirtschaft auch eine politische Liberalisierung folgen zu lassen. Von der Einführung kapitalistischer Strukturen profitieren nur die FunktionärInnen und ohnehin Privilegierten. Diejenigen, die darunter zu leiden haben, können sich nicht wehren. Die geplante Aufnahme Vietnams in die ASEAN ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung, auch als ein Beitrag dazu, daß Südostasien eine eigenständige Position zwischen chinesischem und japanischem Hegemonialstreben in Asien behaupten kann.

Wirtschaftsbeziehungen sind jedoch nicht nur eine Funktion demokratischer Strukturen nach dem Motto: "Mehr Demokratie – mehr Handel, weniger Demokratie – weniger Handel". Es kommt auch auf die Qualität der wirtschaftlichen Beziehungen an. Alle reden heute von "nachhaltiger Entwicklung". Die Fehler, die heute gemacht werden, werden gerade auch die ASEAN-Länder morgen teuer wieder korrigieren müssen. Asiatische NGOs können hier sicherlich von den europäischen Ökologiebewegungen manches lernen, mit dem sie gegen die in Asien weitverbreitete Meinung, "Erst einmal reich werden, dann sehen wir weiter und machen dann auch Umweltschutz!", angehen könnten. Dementsprechend müssen wir auch die Qualität der Wirtschaftsbeziehungen thematisieren: ökologisch und sozial verträgliche Investitionen und Handel fördern und vorantreiben (von der Solarenergie bis zur ökologischen Landwirtschaft); negative Beziehungen einschränken bis hin zum Verbot (Rüstungsexporte, Atom, Tropenholzimport).

Wir dürfen den Ländern Asiens nicht oberlehrerhaft sagen, was sie zu tun haben. Wir Grünen könnten so wahrgenommen werden, als würden auch wir die Privilegien der 1. Welt verteidigen – so wie es uns von den ASEAN-Eliten gerne propagandistisch unterstellt wird. Sondern wir müssen dazu beitragen, daß "Aufstieg aus der Dritten Welt" nicht bedeutet, einfach alles zu kopieren oder gar noch zuzuspitzen, was Europa, USA und Japan vorgemacht haben. In diesem Sinne spielen die asiatischen Gesellschaften eine große Rolle für die weitere Diskussion über nachhaltige Entwicklung.

Wenn es uns hier und wenn es ihnen dort gelingt, den ökonomistischen und autoritären Wachstumskurs unserer und ihrer herrschenden Eliten in eine Politik der nachhaltigen Entwicklung abzuändern, wird das für das ökologische und soziale Überleben der Menschheit von ausschlaggebender Bedeutung sein.

### Eine grüne Politik heißt:

- Wir müssen unsere BRD- bzw. EU-Industriegesellschaft umbauen, um auf dieser Grundlage eine ökologische und solidarische Zusammenarbeit gestalten zu können.
- Die Einhaltung der Menschenrechte, das Recht auf Arbeit, soziale Absicherung, das Recht auf eine saubere Umwelt sowie das Recht auf Freizügigkeit müssen sowohl für die ASEAN- als auch für die EU-Länder Grundlage ihrer Politik sein.
- Wir Grünen setzen uns hier für den Ausstieg aus der Atomtechnologie ein. Entsprechend darf es keinen Export dieser Technologie durch europäische Firmen geben. Gleiches gilt für den Rüstungssektor. Wir plädieren für den Erhalt der tropischen Regenwälder, folglich können wir nicht nur ein Abholzungsverbot fordern, sondern müssen in Europa den Importstop für Tropenholz durchsetzen.
- Dies alles spricht nicht gegen eine Zusammenarbeit, im Gegenteil: Eine wirtschaftliche, technologische und wis-

senschaftliche Zusammenarbeit im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist unverzichtbar. Wenn wir exportieren wollen, dann sollten wir hier Technologien und Produkte entwickeln, die ökologisch vertretbar sind und sowohl hier wie dort notwendig gebraucht werden, z.B. umweltfreundliche Nahverkehrssysteme oder energiesparende Produktionsformen. Joint-Ventures können dazu beitragen, daß der Wissenstransfer nicht nur in eine Richtung läuft. Das bedeutet auch, daß unser Markt den dort entwickelten und produzierten Gütern offensteht.

- Wir sind auch gefordert, wenn es um die Einhaltung der Menschenrechte von Frauen und Kindern geht: die sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern, der Handel mit Frauen, die hier in Bordelle verkauft werden, müssen in der Öffentlichkeit geächtet und bestraft werden. Das Gesetz, daß den sexuellen Mißbrauch von Kindern auch im Ausland unter Strafe stellt, muß durch ein Rechtshilfeabkommen ergänzt werden, damit diese Verbrechen konsequent verfolgt werden können. Frauen, die hier zur Prostitution gezwungen wurden, dürfen nicht abgeschoben werden, wenn sie gegen die Zuhälter und Menschenhändler Anzeige erstatten. Grundsätzlich muß hier noch einmal angemerkt werden, daß es die Armut ist, die die Frauen und Kinder in die Prostitution zwingt. Allein deshalb ist es schon wichtig, für eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung zu kämpfen.

*Wilfried Telkämper war langjähriger Mitarbeiter der Aktion Dritte Welt in Freiburg und ist auch Mitglied im Trägerverein der Südostasien Informationsstelle.*

## NRW-Vietnam-Tage im März 1995

Mit einem breitgefächerten Veranstaltungsangebot wird die *Deutsch-Vietnamesische Gesellschaft e.V.* im März 1995 in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen sowie verschiedenen Institutionen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft die NRW-Vietnam-Tage ausrichten, um für den Gedanken guter deutsch-vietnamesischer Beziehungen zu werben. Zu den Veranstaltungen und Angeboten werden Fachvorträge,

Podiumsdiskussionen, Seminare, Gespräche am runden Tisch, Ausstellungen, Filme, Dia-Vorträge, Beiträge verschiedener Kulturgruppen, Lesungen, Verkaufsausstellungen vietnamesischer Produkte, Einführungskurse in die vietnamesische Küche und ein deutsch-vietnamesisches Fest zählen.

Zahlreiche Experten aus Deutschland und aus Vietnam haben bereits ihre Unterstützung bzw. Mitwirkung zugesagt.

*Kontakt und Informationen:*

**Deutsch-Vietnamesische Gesellschaft e.V.,**

Postfach 140241, 40072 Düsseldorf, Tel. 0211-489772, Fax 0211-489562